



Marie-Kristin Hauke

„Frau sein heißt politisch sein“

Frauen in Ulm nach 1945

Titelbild:

Zupackend in jeglicher Hinsicht – Nach dem Krieg bauten Ulmer Frauen nicht nur die Stadt (hier: die Turnhalle des VfL Ulm), sondern auch das demokratische Leben mit auf.

Herausgeberin

Gabriele Sälzle, Leiterin des Frauenbüros, Stadt Ulm

Text

Dr. phil. Marie-Kristin Hauke

Der Text basiert auf einem Vortrag, den die Autorin am 12. März 2015 in der vh Ulm gehalten hat.

© bei der Autorin, 2016

Fotos

siehe Bildnachweis

Gestaltung

Grafikdesign Lioba Schneikart, Ulm

Erhältlich bei:

Frauenbüro der Stadt Ulm

Frauenstraße 19, 89073 Ulm

Telefon 0731 / 161 1061

info.frauen@ulm.de

www.frauen.ulm.de

Vorwort

Denken wir an die Situation der Frauen nach dem Ende des 2. Weltkriegs, so drängt sich uns unweigerlich das Bild der Trümmerfrau auf. Doch das war nur ein Teil der Wirklichkeit. Wo und wie brachten sich Frauen sonst noch ein beim Aufbau einer funktionierenden Stadt, eines demokratischen Gemeinwesens, unseres heutigen Ulms?

Dieser Frage geht Dr. Marie-Kristin Hauke in ihrem Vortrag „Frau sein heißt politisch sein“ – Frauen in Ulm nach 1945 nach. Ihre Schilderungen über die Arbeit und das Engagement der überparteilichen und überkonfessionellen Frauenarbeitskreise bringen Überraschendes ans Licht, sie berühren und stimmen nachdenklich. Vor allem nötigen sie uns Respekt ab – vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, wäre ohne das Engagement dieser Frauen so nicht zustande gekommen.

Der Vortrag, den Frau Dr. Hauke am 12. März 2015 in der Ulmer Volkshochschule gehalten hat, war Teil der Veranstaltungsreihe „Erinnern in Ulm“. Als Kuratorin hatte sie – 70 Jahre nach Kriegsende – im Haus der Stadtgeschichte anschaulich die entbehrungsreichen Nachkriegsjahre und die demokratischen Anfänge in Ulm dokumentiert. Dabei spielte die amerikanische Besatzungsmacht eine bedeutende Rolle. Doch Demokratie bedeutet Wandel. Deshalb lenkte die Ausstellung auch den Blick in die Zukunft und lud verschiedene bürgerschaftliche Gruppen zur Teilnahme an der Ideenwerkstatt „Demokratie auf neuen Wegen“ ein. So haben sich auch Vertreterinnen des Ulmer Frauenforums und des Frauenbüros Gedanken gemacht und ihre Überlegungen zum Ausdruck gebracht.

Mit dieser Broschüre möchte das Frauenbüro das Wissen um die vielfältigen Aktivitäten der Ulmer Frauen nach 1945 erhalten und uns Frauen heute ermutigen, uns für unsere Belange stark zu machen. Nehmen wir uns ein Beispiel, bringen wir uns ein, gestalten wir mit: „Frau sein heißt politisch sein!“

Gabriele Sälzle
Leiterin des Frauenbüros



Einleitung

Der Einmarsch amerikanischer Truppen beendete am 24. April 1945 den Zweiten Weltkrieg und die nationalsozialistische Diktatur in Ulm. Die Stadt wurde der amerikanischen Besatzungszone zugeschlagen. In den folgenden Jahren wurden nicht nur die Trümmer beseitigt und mit dem Neuaufbau der Stadt begonnen, sondern unter Aufsicht der Amerikaner auch demokratische Strukturen aufgebaut.

Im Gedenken daran entstand die Ausstellung „Erinnern in Ulm – Demokratischer Neubeginn nach 1945“, die von Dezember 2014 bis Juni 2015 im Haus der Stadtgeschichte gezeigt wurde.¹ Bei den Recherchen wurde schnell deutlich, dass Demokratisierung viel mehr umfasste als Parteigründungen, Wahlen, den Aufbau des Landes Baden-Württemberg oder der Bundesrepublik Deutschland. Es bedeutete auch die Etablierung einer demokratischen Lebensweise. Wie aber konnte dies gelingen in einer zerbombten Stadt, nach Jahren nationalsozialistischer Diktatur und Propaganda, die die Demokratie stets verteufelt hatte? Welche Rolle spielten dabei die Frauen, die nach dem Krieg gegenüber den Männern demografisch in der Überzahl waren? Waren sie für oder gegen die Demokratie? Förderten sie den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft oder war ihnen angesichts des täglichen Überlebenskampfes Staatswesen und Politik gleichgültig? Immerhin hatten auch in Ulm Frauen das nationalsozialistische Regime mit ihrer Arbeit und Begeisterung bis zuletzt gestützt und am Ende – wie alle Deutschen – einen hohen Preis dafür gezahlt.

Nicht alle dieser Fragen lassen sich bislang vollständig beantworten. Wer aber in die zeitgenössischen Quellen eintaucht, wird bald feststellen, wie viele engagierte Frauen es gab, die sich dem Aufbau einer demokratischen Lebensweise verschrieben.

Ulm in der Nachkriegszeit

Als die Amerikaner Ulm am 24. April 1945 besetzten, stießen sie auf keinen nennenswerten Widerstand. Die nationalsozialistische Führungsspitze der Stadt hatte sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht und Befehl gegeben, die Donaubrücken zu sprengen. Ulm lag nach den schweren alliierten Luftangriffen der letzten Monate in Trümmern. Etwa 300.000 Bomben hatten dafür gesorgt, dass fast 60 Prozent der Stadt und 75 Prozent aller Gewerbebetriebe zerstört waren. Die Wasser-, Gas- und Stromversorgung war größtenteils lahmgelegt. Gleiches galt für die Telefon- und Postver-



*Ulm in Trümmern:
Blick vom Münster
auf Pfauen-,
Wengen- und
Ulmergasse sowie
die Bahnhofstraße
(1945)*

bindungen. Radios wurden von der Besatzungsmacht beschlagnahmt, Zeitungs- und Buchverlage geschlossen. Die Eisenbahnverbindungen ruhten. Nach dem offiziellen Kriegsende Anfang Mai 1945 strömten die Evakuierten, die auf dem Land Zuflucht vor den Bombardements gesucht hatten, in die Stadt zurück. Dazu kamen bald Tausende von Vertriebenen und Kriegsheimkehrern. Sie wurden in der Kienlesbergkaserne, die zum zentralen Durchgangslager ausgebaut wurde, registriert, versorgt und anschließend weiterverteilt. Allein bis Ende 1947 wurden auf diese Weise etwa 290.000 Personen durch das Lager geschleust.

Ulm, den 18. September 1947

Betr.: Wochenbericht

An : Liaison and Security Office
Det. U-11 1st Mil Govt Bn (Sep)

U L M

Abschnitt I:
Nichts Neues.

Abschnitt II:
In der Kohlen- und Brikettzufuhr hat sich seit dem letzten Bericht nichts geändert; die Belieferung in Braunkohlenbriketts ist z.Zt. zufriedenstellend.- Infolge des regenlosen Sommers muss dem größten Teil der Industrie der elektrische Strom gesperrt werden.

<u>Bezugscheine</u>	<u>beantragt:</u>	<u>ausgegeben:</u>
Arbeitsschuhe	1970	-
Straßenschuhe I (Männer, Frauen, Kinder)	6180	-
Arbeitsanzüge	1295	1 Arbeitshose
Straßenanzüge	1844	6
		+ 2Straßenhosen.

Die Verwaltung des Mangels: Aus dem wöchentlichen Bericht des Oberbürgermeisters Robert Scholl an die amerikanische Militärregierung im Herbst 1947

In der Stadt nahm die Wohnungsnot bald dramatische Züge an. Auf engstem Raum hausten oft mehrere Familien unter völlig unzureichenden hygienischen Bedingungen zusammen. Die Ernährungssituation war kritisch. Zwar gab es Lebensmittelkarten und Bezugsscheine für Dinge des täglichen Bedarfs, doch das System funktionierte nur unzureichend: Schuhe, Anzüge, Jacken und Mäntel waren absolute Mangelware und begehrtes Tauschobjekt. Brennstoff – gleichgültig ob Kohle oder Holz – war und blieb knapp. Die von der Besatzungsmacht festgelegte Kalorienzahl wurde der allgemeinen Versorgungslage entsprechend immer weiter nach unten korrigiert. Am Ende betrug sie nicht einmal 1.100 kcal pro Tag. Viele Menschen zogen in jeder freien Minute auf die Dörfer, um Lebensmittel zu hamstern. Im Herbst sammelte man in mühevoller Arbeit Bucheckern, die zu Öl gepresst wurden. In der Ruinenlandschaft entstanden Kleingärten zur Selbstversorgung. Der Schwarzmarkt blühte vor allem im Bereich des Bahnhofs, auf dem Weinhof und in der Platzgasse. Hauptumschlagsplatz war die Sedanstraße, in der

die sogenannten Displaced Persons, insbesondere jüdische und ukrainische Flüchtlinge, untergebracht waren, die auf die Rückführung in ihre Heimat oder die Erlaubnis zur Auswanderung warteten.



Bedingt durch die prekäre Versorgungssituation in den ersten Nachkriegsjahren blühte der Schwarzmarkt bis zur Währungsreform 1948

Wie schon in Kriegszeiten lag die Hauptlast der Alltagsorganisation bei den Frauen. Stundenlanges Schlangestehen bei Behörden und Läden gehörte ebenso zum Alltag wie die Kunst der Improvisation im Privaten und in der Arbeitswelt. Zur physischen Belastung kam die psychische. Über vielen Familien schwebte das Damoklesschwert der Entnazifizierung. Die amerikanische Besatzungsmacht suspendierte zunächst jeden, der der NSDAP oder einer ihrer Organisationen angehört hatte. Erst nach Abschluss des offiziellen Entnazifizierungsverfahrens konnte man – sofern es das Strafmaß erlaubte – ins Arbeitsleben zurückkehren.

Viele Frauen mussten jahrelang auf die Rückkehr ihrer Ehemänner oder Verlobten aus der Kriegsgefangenschaft warten. An ein geordnetes Familienleben war jedoch auch dann häufig nicht zu denken. Viele Männer waren durch ihre Kriegserlebnisse und die Gefangenschaft körperlich und seelisch schwer traumatisiert. Die „Heimat“, für die man geglaubt hatte zu kämpfen, existierte nicht mehr. Gleichzeitig mussten die Männer die Erfahrung machen, dass zuhause das Leben auch ohne sie weitergegangen war und dass insbesondere ihre Frauen sich unter dem Druck der Ereignisse verändert hatten. Sie hatten in der Not gelernt, die Dinge auch ohne Hilfe ihrer Männer in die Hand zu nehmen. Besonders bitter war es, wenn die Männer feststellen mussten, dass ihre Frauen während ihrer Abwesenheit anderweitig nach Liebe gesucht hatten. Regelrechten Hass zogen die Frauen auf sich, die ein Verhältnis mit dem Sieger, einem der amerikanischen

Besatzungssoldaten eingingen. Beschimpfungen, Schmähbrieft an Haustüren und Laternenpfählen waren noch die harmloseren Folgen. Dem allgemeinen Trend entsprechend stiegen auch in Ulm die Scheidungszahlen in der Nachkriegszeit.

In wirtschaftlicher Hinsicht bedeutete die Rückkehr der Männer für viele Frauen den Verlust des Arbeitsplatzes, hatten die Frauen doch während des Krieges die an der Front stehenden Männer ersetzen müssen. Laut eines Zeitungsberichts wurden in Bayern allein im August 1946 18.000 Frauen zugunsten heimgekehrter Männer entlassen. Die Folgen für ledige und alleinerziehende Frauen waren teilweise existenziell bedrohlich.

Der Aufbau demokratischer Strukturen unter der amerikanischen Besatzungsmacht

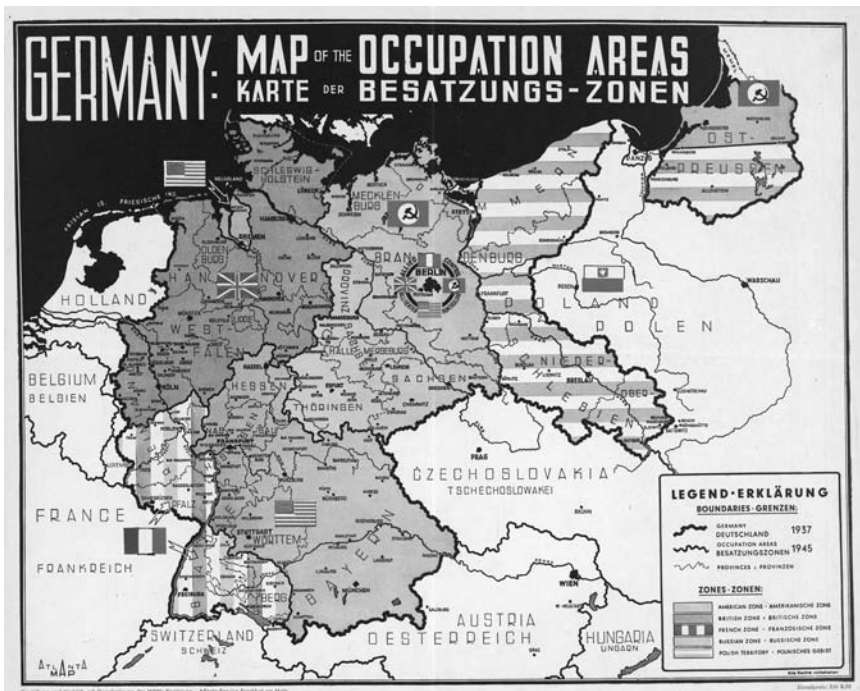
Ulm war der amerikanischen Besatzungszone zugeschlagen worden. Die Stadt erhielt eine örtliche US-Militärregierung, die in den ersten Wochen und Monaten das gesamte Leben der Stadt regelte. Erst nach und nach wurde der Stadt wieder die Selbstverwaltung zugestanden. Die Politik der Amerikaner orientierte sich an den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens der alliierten Siegermächte vom August 1945: Denazifikation, Demilitarisierung, Demontage, Dezentralisierung, aber auch Demokratisierung waren die zentralen Punkte dieses Abkommens, die jedoch in der Folge von jeder Besatzungsmacht auf unterschiedliche Weise umgesetzt wurden. Die zunehmende Veränderung der

politischen Großwetterlage beeinflusste in der Folgezeit auch das Verhältnis zwischen Siegern und Besiegten. Je größer die Spannungen zwischen den westlichen Alliierten und der Sowjetunion wurden, desto intensiver gestaltete sich die Aufbauarbeit in der amerikanischen



Zerrissene Familien: Warten auf die Männer, Warten auf die Väter

Zone. Eines dieser Instrumente war der vielzitierte Marshallplan von 1948, der die gesamte westeuropäische, vor allem aber die deutsche Wirtschaft ankurbeln sollte. Von einer grundlegenden Demokratisierung Deutschlands versprochen die Amerikaner sich die Auflösung alter Feindbilder und ein Zusammenrücken Europas gegen den Kommunismus. Der Aufbau der Demokratie in Deutschland lag auch im Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten.



Deutschland unter Alliiertes Besatzung (1945)

Am vielversprechendsten schien den Amerikanern das Konzept der sogenannten Graswurzeldemokratie (Grassroot-Democracy) zu sein, einer schrittweisen Einführung demokratischer Prinzipien von unten nach oben, ausgehend von der einzelnen Gemeinde bis hinauf zum Staatswesen. Um diese neue Demokratie nicht nur äußerlich zu etablieren, war in den Augen der Militärregierung ein umfassendes Programm der Umerziehung (Reeducation) und Umorientierung (Reorientation) vonnöten. Nationalsozialistisches Gedankengut, Militarismus und blinder Autoritätsglaube sollten in Deutschland keine Chance mehr bekommen. Die amerikanische Devise „All politics is local“ galt auch für den Neuaufbau der Demokratie in Ulm.

Über die Rolle, die die Frauen dabei spielen könnten, machte sich die Besatzungsmacht durchaus Gedanken, denn Deutschland war kriegsbedingt zum „Frauenland“ geworden. Die westdeutsche Bevölkerung bestand im ersten Nachkriegsjahrzehnt zu fast 60 Pro-

zent aus Frauen. Auch in Ulm kamen in den ersten Nachkriegsjahren etwa 1.200 Frauen auf 1.000 Männer. Noch in den fünfziger Jahren lag der Frauenanteil bei 54-55 Prozent. Die Amerikaner sahen in den Frauen jedoch nicht nur ein großes Wählerpotential, sondern sie erhofften sich auch, über den Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt die Demokratisierung der Wirtschaft vorantreiben zu können. Außerdem kam den Frauen bei der Erziehung und Sozialisation der Kinder und Jugendlichen, die die neue Demokratie weitertragen sollten, enorme Bedeutung zu.

Um die Frauen zu erreichen, wurden die lizenzierten Tageszeitungen – so auch die seit November 1945 in Ulm erscheinende Schwäbische Donau-Zeitung – verpflichtet, Sonderseiten für Frauen einzurichten, die sich hauptsächlich mit politischen Frauenfragen und -nachrichten beschäftigten. Daneben wurden zahlreiche Frauenzeitschriften ins Leben gerufen und ein eigener Frauenfunk eingeführt.

Schon 1946 empfahlen amerikanische Frauen, die für die Militärregierung arbeiteten oder als Journalistinnen und Vertreterinnen amerikanischer Frauenorganisationen nach Deutschland kamen, eine besondere Abteilung einzurichten, die sich speziell der Frauenproblematik in der amerikanischen Besatzungszone annehmen sollte. Doch erst als der in der sowjetischen Besatzungszone gegründete und als kommunistisch eingestufte Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) massiv Werbung in den Westzonen betrieb, entschloss sich die Militärregierung im März 1948 dazu, eine eigene Women's Affairs Section einzurichten. Diese sollte Kontakt zu den bereits entstandenen Frauenorganisationen aufnehmen, um sie bei der Demokratisierung mit Rat und Tat zu unterstützen.

Graswurzeldemokratie in Ulm

Im November und Dezember 1945 wurden unter strenger Aufsicht der Ulmer Militärregierung die ersten Parteien wieder zugelassen. In Ulm waren dies die SPD, die Kommunistische Partei und die Demokratische Volkspartei (DVP), die heutige FDP. Aus der katholischen Zentrumspartei wurde die überkonfessionelle, an christlichen Werten orientierte CDU. Den Neuaufbau der Parteien übernahm die alte Garde von Kommunalpolitikern aus Weimarer Republikzeiten: Georg Siegwarth (1893-1989) bei den Kommunisten, Johann Weißer (1893-1954) bei den Sozialdemokraten, Friedrich Hahn (1883-1961) bei den Liberalen und der ehemalige Zentrumspolitiker Franz Wiedemeier (1890-1970) bei der CDU. Frauen spielten in den Mitgliederlisten – sofern sie uns überhaupt überliefert sind – zahlenmäßig offenbar keine große Rolle. Oft waren es Ehefrauen oder andere weibliche Familienangehörige, die als Mitglieder auftauchten. Der Zustrom zu den Parteien hielt sich in jedem Fall im Vergleich zu den Männern in Grenzen. Gleiches gilt für die ab dem Frühjahr 1946 entstehenden Listengemeinschaften.

Trotzdem gab es bei der ersten Ulmer Gemeinderatswahl im Mai 1946 elf Kandidatinnen. Bei der liberalen DVP standen vier Frauen, bei SPD und den Kommunisten jeweils drei und bei der Freien Wählervereinigung (FWV) eine Frau auf der Kandidatenliste, allerdings keine von ihnen auf den wirklich aussichtsreichen Plätzen. Einzig die CDU hatte keine Bewerberin aufgestellt, da nach Aussage des Parteivorsitzenden Wiedemeier diese „dreckige Arbeit einer Frau nicht zuzumuten sei“. „Man solle die Frauen vorerst aus der Politik heraushalten“, wie die Amerikaner in einem Geheimdienstbericht über die CDU-Sitzung notierten.²

Genau dieser Meinung schienen auch die Wählerinnen und Wähler zu sein, die 1946 konsequent nur Männer in den Gemeinderat wählten. Schon der Beirat – ein achtzehnköpfiges Gremium von politisch unbelasteten Persönlichkeiten, das seit Juni 1945 dem von der Militärregierung kommissarisch eingesetzten Oberbürgermeister Robert Scholl (1891-1973) bis zur ersten Gemeinderatswahl beratend zur Seite stand – war ausschließlich mit Männern besetzt gewesen. Ein deutlicher Rückschritt, wenn man bedenkt, dass nach Einführung des Frauenwahlrechts mit Emmy Wechßler (1883-1969), Katherine Lutz (1882-1962) und Agnes Schultheiß (1873-1959) 1919 drei Frauen in den Ulmer Gemeinderat gewählt worden waren.

Im Dezember 1947 wurde der zweite Nachkriegsgemeinderat gewählt. Dieses Mal verzichteten die beiden angetretenen Listengemeinschaften auf weibliche Kandidatinnen, während die CDU immerhin drei Frauen nominierte, darunter eine Neubürgerin. Auf der kommunistischen Liste fanden sich vier, bei der DVP und der SPD jeweils eine Kandidatin, insgesamt also neun Kandidatinnen. In den Gemeinderat gewählt wurde allerdings nur die Kandidatin der Liberalen Herta Wittmann (1913-1960), eine junge Pfarrerswitwe mit vier Kindern, die Tochter des bekannten und allseits geschätzten Pfarrers an der Dreifaltigkeitskirche Eugen Schmid. Sie war von ihrem ehemaligen Lehrer am Humboldt-Gymnasium, dem führenden DVP-Mitglied Professor Hermann Wild (1884-1962), gebeten worden zu kandidieren. Nach ihrer Wahl weigerte sie sich, sich auf das frauentypische soziale Gleis abschieben zu lassen. Herta Wittmann engagierte sich vor allem im Wirtschafts- und im Bauausschuss. Ihren Schwerpunkt legte sie dabei auf den Wohnungs- und Schulbau. 1952 nahm sie als Mitglied einer städtischen Delegation an einer dreimonatigen Rundreise durch die Vereinigten Staaten teil, um einen Eindruck in das Wesen amerikanischer Kommunalpolitik und Demokratie zu gewinnen. Bei den Wahlen 1953 und 1959 wurde sie Stimmenkönigin ihrer Fraktion. Ihre Arbeit wurde parteiübergreifend in höchstem Maße geschätzt. Als sie 1960 mit nur 47 Jahren starb, trauerte die ganze Stadt.

Herta Wittmanns ambitionierte und geschätzte Arbeit im Gemeinderat wirkte sich allerdings nicht wahlfördernd auf ihre Geschlechtsgenossinnen aus: Sie blieb die folgenden sechs Jahre die einzige weibliche Gemeinderätin. Erst 1953 kamen mit Ruth

Nissen (FWG) und Liselotte Kick (CDU) zwei Mitstreiterinnen dazu, 1956 mit Martha Scheffler (SPD) und Leni Burger (FWG) zwei weitere. Im Vergleich mit anderen Städten wie München, Stuttgart oder Karlsruhe, in denen der Frauenanteil in den Stadträten erheblich höher lag, war das eine sehr magere Bilanz.

Warum gab es gerade in Ulm diese Zurückhaltung gegenüber Frauen im Gemeinderat? Fragt man Zeitzeuginnen, so wird betont, dass die wenigen weiblichen Gemeinderatskandidatinnen mit der gesellschaftlichen Grundstimmung des „Das macht man als Frau einfach nicht!“ zu kämpfen hatten, selbst wenn sie sich in ihrer Partei und – nicht zu vergessen – gegenüber ihren Ehemännern, die nicht alle mit dem Engagement ihrer Frauen auf dem demokratischen Parkett glücklich waren, mit ihrer Kandidatur erfolgreich durchgesetzt hatten. Abschreckend dürften auch so manche öffentliche, politische Diskussion auf Frauen gewirkt haben, in denen sich fast ausschließlich Männer lautstark zu profilieren versuchten. Die Ulmerinnen ließen sich ganz offensichtlich lieber von Männern vertreten, trauten sich und ihren Geschlechtsgenossinnen diese Verantwortung nicht zu. Ein Erbe des Nationalsozialismus, der die Frauen aus der Politik verbannt und ihnen das passive Wahlrecht genommen hatte?

Ein anderer Punkt mag das mehrfach belegte, allgemeine Misstrauen der Frauen gegenüber den männerdominierten Parteien gewesen sein: Viele Frauen tendierten dazu, den verlorenen Krieg auch als ein Versagen männlicher Politik zu begreifen. Die Konsequenz, die sie daraus zogen, bestand allerdings nicht in einem „Jetzt sind wir in der Überzahl, jetzt nutzen wir unsere Chance!“, sondern aus einer ablehnenden Haltung gegenüber einer Mitarbeit in den Parteien und sogar auf den Wahlzetteln. Ein paradoxes Phänomen aus heutiger Sicht.

Die oft vorgebrachte These, Frauen hätten einfach nicht die Zeit gehabt, sich neben dem täglichen Kampf ums Überleben und der Organisation des Alltags zu engagieren, greift im Übrigen nicht, denn sehr bald nach Kriegsende wurden die konfessionellen und karitativen Vereine Ulms wiederbelebt und erfreuten sich lebhaften Zuspruchs. Viele Frauen engagierten sich lieber sozial als politisch.

Erinnert sei beispielsweise an Elise Ernst (1898-1969), die buchstäblich aus dem Nichts 1945 die Christliche Bahnhofshilfe aufbaute und an Magdalene Scholl (1881-1958), die Frau des Ulmer Oberbürgermeisters und Mutter von Hans, Sophie, Werner, Inge und Elisabeth Scholl, die die Schülerspeisung leitete und sich intensiv um die durchreisen-



*Herta Wittmann –
Ulms erste Gemeinderätin nach dem Krieg*



Magdalene Scholl – Engagement für Kinder, Flüchtlinge und Verfolgte des Naziregimes

den Flüchtlinge sowie um die Opfer des Naziregimes in der Stadt kümmerte. Zu erwähnen wäre auch die spätere langjährige Vorsitzende des Ulmer Kunstvereins Elsbeth Zumsteg-Brügel (1915-2008), die eine Werkstatt aufbaute, in der Flüchtlinge in Zeiten der Not hochbegehrte Schuhe aus Maisstroh herstellten.

Trotz ihrer Zurückhaltung hieß dies nicht, dass die Frauen in Ulm generell kein Interesse für Politik und Demokratie aufgebracht oder sich nicht für eine demokratische Gesellschaft engagiert hätten. Die Vorträge und Versammlungen, die u.a. auch von den Frauengruppen der Parteien für die Bürgerinnen organisiert wurden, waren meist gut besucht: Helene Weber (1881-1962), eine der Mütter des Grundgesetzes, die FDP-Politikerin Marie-Elisabeth Lüders (1878-1966), die Frauenrecht-

lerin Gertrud Bäumer (1873-1954), die Kommunistin und KZ-Überlebende Erika Buchmann (1910-2008) und die Stuttgarter Stadträtin und Juristin Emmy Diemer-Nicolaus

(1910-2008) kamen nach Ulm, um die Frauen zur demokratischen Mitarbeit zu bewegen und staatsbürgerliche Aufklärungsarbeit zu leisten. Allen gemeinsam war das Bemühen, den Frauen die ständige Wechselbeziehung und Verflechtung von lokaler Politik und ihrer eigenen Lebenswelt vor Augen zu führen. Die Trennung von Privatleben und Politik war aufgehoben. Die Bewältigung der Not war nichts Privates. „Frau sein heißt politisch sein. Unser ganzer Alltag ist von der ersten bis zur letzten Stunde Politik“, wie es Marie-Elisabeth Lüders 1947 formulierte.³ In welchem Beruf kann ich arbeiten? Bekomme ich gleichen Lohn für gleiche Arbeit? In welchem Geist werden meine Kinder unterrichtet? Wie wird für Alte und Kranke



Eine Tasse Tee, ein Teller Suppe, ein Platz zum Ausruhen – Elise Ernst baute 1945 die Christliche Bahnhofshilfe in Ulm auf, die erschöpften Reisenden einen Zufluchtsort bot

gesorgt, Ausgebombten und Flüchtlingen geholfen? Die Frauen wurden immer wieder aufgefordert, sich der Verantwortung zu stellen – gerade in der Kommunalpolitik, ihrem unmittelbaren Lebensbereich.

Für die Referentinnen bedeutete dies in erster Linie Mitarbeit und Engagement in einer der neugegründeten Parteien. Die politisch interessierten Ulmer Frauen wählten jedoch andere Wege als eine Parteimitgliedschaft, um ihre Interessen durchzusetzen und am Aufbau einer demokratischen Gesellschaft mitzuwirken. Ausgangspunkt wurde die Ulmer Volkshochschule (vh Ulm), die am 24. April 1946 unter der Leitung von Inge Scholl (1917-1998), der Tochter des Ulmer Oberbürgermeisters Robert Scholl, ihre Pforten öffnete und mit ihrem neuen Bildungskonzept international große Anerkennung erfuhr. Man wollte ein Erziehungsinstitut aufbauen, wie Inge Scholl später schrieb, „das den Boden bereitet, aus dem gesundes, geistiges, kulturelles und politisches Leben emporwachsen kann. Es galt, die Fenster zur Welt aufzustoßen und den Einzelnen zu eigenem Denken und Urteilen, zur Mitverantwortung für die Gesamtheit anzuregen.“⁴⁴ Ohne dieses Fundament würde es keine Demokratie geben, würde Demokratie nur ein leeres Wort bleiben. Die vh Ulm wurde mit ihren Vortragsreihen, Kursen und Arbeitsgemeinschaften rasch zum Mittelpunkt der bildungshungrigen und diskussionsfreudigen Ulmerinnen und Ulmer, die nach neuen Perspektiven für sich und die Gesellschaft suchten.

Im Wintersemester 1947/48 hatte Inge Scholl auf Wunsch einiger Frauen einen Aussprachekreis eingerichtet, in dem über Themen wie Frauenemanzipation, Gleichberechtigung, Schul- und Ausbildungswesen für Mädchen und andere frauenrelevante Zeitfragen diskutiert wurde. Einmal im Monat trafen dort ehemalige Mitglieder des 1904 gegründeten und 1944 aufgelösten Vereins Frauenbildung-Frauenstudium mit Frauen der jüngeren Generation zusammen, die Nationalsozialismus und Krieg „in bewußter Ablehnung“⁴⁵ miterlebt hatten. Allerdings zeigten sich rasch generationsbedingte Differenzen, die die ursprünglich angedachte Gründung eines gemeinsamen Arbeitskreises verhinderten. Die Jüngeren schlossen sich im Januar 1948 im Überparteilichen Frauenarbeitskreis zusammen, während die Älteren im Frühjahr 1948 ihren Verein unter dem neuen Namen Frauenbildung-Frauendienst wieder aufleben ließen. Beide Vereine waren bewusst überparteilich und überkonfessionell.



Inge Aicher-Scholl – Bildung als Fundament der Demokratie

Der Überparteiliche Frauenarbeitskreis

Am 28. Januar 1948 trafen sich im Johann-Strauß-Weg 1 im Wohnzimmer der Familie Fried 17 Frauen zur Gründungsversammlung des Überparteilichen Frauenarbeitskreises (ÜFAK). Zu ihnen gehörten u.a.

- Else Fried-Gotsmann (1907-1992), die Frau des städtischen Kulturbeauftragten, Journalisten und Mitherausgebers der Schwäbischen Donau-Zeitung Kurt Fried (1906-1981),
- Helga Wiegandt (1917-2010), die Frau des Leiters der Ulmer Volksbücherei Herbert Wiegandt (1914-2003) und Tochter des von den Nationalsozialisten suspendierten Ulmer Bürgermeisters Ernst Sindlinger (1883-1963), der von den Amerikanern als Landrat eingesetzt worden war,
- die Künstlerin Anneliese Bilger-Geigenberger (1914-2005),
- Gertrud Brandt (1909-1994), die Frau des nazikritischen Lehrers und späteren Ulmer Stadtrats Hermann Brandt (1899-1984),
- die Leiterin der Ulmer Mädchenoberschule Elisabeth Walser (1895-1951), die auch zum engeren Kreis des vh-Kuratoriums gehörte,
- und die Stadträtin Herta Wittmann.

Ziel des Arbeitskreises sollte es sein, „Frauen zur verantwortlichen Mitarbeit am öffentlichen Leben bewegen, (...) sie zusammenbringen, damit sie von ihren Nöten und Sorgen in ihrem täglichen Leben in Haushalt und Beruf sprechen und ihre Erfahrungen austauschen, daß sie sich Rat und Aufklärung holen in rechtlichen und staatsbürgerlichen Dingen und Stellung nehmen zu behördlichen Maßnahmen und Gesetzen.“⁶ Dass dies nicht nur Lippenbekenntnisse waren, sollte sich in den nächsten Monaten zeigen. Schon im April 1948 wurde ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, der sich für die Einrichtung von Kindertagesstätten stark machte, um berufstätige Mütter und insbesondere Kriegerwitwen zu entlasten. Ein Jahr später konnte der erste Schülerhort für 9- bis 14-Jährige in der ehemaligen Gallwitzkaserne eröffnet werden.

Ein wesentlich größeres Projekt war die Verwirklichung eines Wohnheims für berufstätige, alleinstehende Frauen, die am meisten unter der Wohnungsnot zu leiden hatten. Es bedurfte fünf Jahre unermüdlicher Arbeit, bis im Juli 1953 das Wohnheim in der Beyerstraße mit 58 Wohneinheiten fertiggestellt war – im Volksmund liebevoll „Drachenburg“ genannt. Da noch weitere 100 Frauen auf der Warteliste standen, nahm der Verein 1954 ein zweites Bauprojekt am Karlsplatz in Angriff. Bis 1956 entstanden dort weitere 49 Wohnungen. Bei der Eröffnung zeigte sich die Presse von „Ausdauer, Mut, Hartnäckigkeit und Zähigkeit“ der Frauen beeindruckt, gerade weil dies Eigenschaften seien, „die man nicht unbedingt als ausgesprochen weiblich ansieht.“ Und: „Es sei ein



Die „Drachenburg“ – das erste in Eigeninitiative errichtete Wohnheim für alleinstehende Frauen des Überparteilichen Frauenarbeitskreises

Beweis dafür, daß eine erfolgreiche Initiative zur Lösung eines Problems auch einmal von unten ausgehen kann. Im Grunde hat der Überparteiliche Frauenarbeitskreis nur vorexerziert, wie man in einer Demokratie solche Dinge anpacken soll.⁴⁷

Im Laufe der Jahre konnte der Arbeitskreis seine Position im Gemeinderat ausbauen:

Zu Herta Wittmann (DVP) gesellten sich Martha Scheffler (SPD), die Leiterin der Ulmer Mütterschule Liselotte Kick (CDU) und Leni Burger (FWG). Den Vereinsvorsitz führten von 1950 bis zur Auflösung des Vereins 1986 Gertrud Brandt und ihre Stellvertreterin Helga Wiegandt. Ob Ulmer Wohnungshilfswerk, die Neuwahl des Museumsdirektors, Schulreform oder Kohlemangel, der Arbeitskreis war politisch sowohl lokal und als auch überregional aktiv. Der ÜFAK gab eigene Stellungnahmen zu Speisekammer- und Hausratgesetz ab und korrespondierte mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten zu Themen wie dem Gleichberechtigungsgesetz oder der Sozialversicherung von Kriegerwitwen. Als im Mai 1948 zur Jahrhundertfeier der ersten Deutschen Nationalversammlung ein interzonaler Frauenkongress in der Frankfurter Paulskirche tagte und den Willen der



Helga Wiegandt – mit Gertrud Brandt Kopf und Herz des Überparteilichen Frauenarbeitskreises



Emmy Wechßler – Liberale Kommunalpolitikerin seit Einführung des Frauenwahlrechts 1918

jeder Verband eine Delegierte entsandte, tagte monatlich am Hauptsitz in Stuttgart. Es verfasste u.a. Resolutionen zur Ernährungslage, zur Hausbrandversorgung und zur Berlinblockade 1948 und organisierte Proteste gegen Preissteigerungen. Vehement unterstützte das Frauenparlament auch die Forderungen zur Gleichberechtigung der Frau beim Parlamentarischen Rat und drängte auf die Schaffung von Planstellen für Frauen im Lehrberuf. Die 75. und 100. Tagung fand übrigens in Ulm statt, was auf den Stellenwert der Ulmer Vereine innerhalb der Organisation hinweist. Die heutige Nachfolgeinstitution ist der Landesfrauenrat Baden-Württemberg.

deutschen Frauen zur Demokratie beschwor, waren auch drei Delegierte des Ulmer Überparteilichen Frauenarbeitskreises vertreten. Von Beginn an war der ÜFAK Mitglied im Württembergischen Frauenparlament und im Deutschen Frauenring, dem Dachverband der überparteilichen und überkonfessionellen Frauenvereine der Westzonen und West-Berlins.

Das Württembergische Frauenparlament war im Januar 1948 als Dachorganisation von vierzehn nordwürttembergischen und nordbadischen überparteilichen und überkonfessionellen Frauenverbänden mit insgesamt etwa 7.000 Mitgliedern gegründet worden. Man versprach sich durch die Kräftebündelung eine bessere Vertretung der Fraueninteressen in Staat und Gesellschaft. Das Parlament, in das



Cecilie von Beöczy – engagierte Greinienarbeit für die Sache der Frauen

In Frauenparlament und Frauenring war auch der zweite Ulmer überparteiliche und überkonfessionelle Verein Frauenbildung-Fraudienst aktiv, der im März 1948 auf Betreiben von Martha Hahn, der Frau des DVP-Vorsitzenden Friedrich Hahn, und Emmy Wechßler, einer der ersten Ulmer Stadträtinnen nach Einführung des Frauenwahlrechts 1918, als Nachfolgeorganisation des 1904 gegründeten Vereins Frauenbildung-Frauenstudium neu begründet wurde. Laut Satzung wollte man die Frauen beim Wiederaufbau der Stadt unterstützen, ihre Allgemeinbildung fördern und sie an die Ausübung ihrer sozialen und staatsbürgerlichen Pflichten heranzuführen.

Als erstes eröffnete der Verein eine Nähstube, in der der akuten Kleidernot abgeholfen wurde. Hier wurde



Russlandheimkehrerinnen bei der Ankunft in der Kienlesbergkaserne (1948)

die Wäsche der Heimkehrer gestopft, Armeemäntel umgearbeitet, Kleider aus alten Gardinen, Flügeldecken und Fallschirmseide genäht. Besondere Unterstützung bekamen die Flüchtlinge auf dem Kienlesberg in Form von Wollsocken, Seife und einem weißen Taschentuch, als „bescheidenstes Stück Kultur, das ihnen fremd geworden war.“

Ende 1948 gelang es dem Verein mit gespendetem Mobiliar und Hausrat in Obermarchtal ein Heim für Russlandheimkehrerinnen einzurichten, die sich dort von den Strapazen erholen konnten und auf ein „normales“ Leben vorbereitet wurden. Vorsitzende des Vereins war Cecilie von Beöczy (1915-1994), die Frau des (Chef-)Redakteurs der Schwäbischen Donau-Zeitung Siegfried von Beöczy (1914-1994). Ihre Aktivitäten reichten weit über die Ulmer Stadtgrenzen hinaus. Das Württembergische Frauenparlament entsandte sie beispielsweise, um erste Kontakte mit dänischen Frauen zu knüpfen. 1955-1959 und 1963-1967 war sie Vertreterin des Frauenparlaments im Stuttgarter Rundfunkrat und konnte über diese Kontakte zahlreiche Referentinnen und Referenten nach Ulm holen. Im Deutschen Frauenring saß Cecilie von Beöczy in zahlreichen Ausschüssen auf Bundesebene.



Schuhwerk von Russlandheimkehrern (1949)

Besonders wichtig war beiden Arbeitskreisen die politische Bildung der Frauen vor Ort. Als im März 1948 die Oberbürgermeisterwahl anstand, lud der Überparteiliche Frauenarbeitskreis kurzerhand alle drei Oberbürgermeisterkandidaten zu einer gemeinsamen Wahlkampfveranstaltung ein. Den Frauen war aufgefallen, dass zu den üblichen Wahlveranstaltungen fast nur Männer erschienen. Außerdem fanden sie es unpraktisch, dass man immer nur einen Kandidaten hören konnte, man also drei Abende opfern musste, um sich ein Bild von den Bewerbern zu machen. Auch die üblichen Wahlkampfreden waren nicht nach ihrem Geschmack. Sie erhofften sich durch die Einladung aller drei Kandidaten eine bessere Vergleichsmöglichkeit, vor allem „in einer den Frauen mehr liegenden sachlich-kürzeren Zusammenfassung.“ Die Kosten für die Plakatierung wurden durch Spenden aufgebracht. Die Stadt stellte kostenlos den Schuhhaussaal zur Verfügung, der bis auf den letzten Platz besetzt war. Mehr als 800 Frauen kamen, um die Bewerber Robert Scholl, Wilhelm Schöneck (1902-1974) und Theodor Pfizer (1904-1992) zu hören. Jeder Kandidat erhielt 20 Minuten Redezeit, die Reihenfolge wurde ausgelost. Das positive Echo auf den Frauenwahlabend bewog die beiden Vereine, sich im Sommer 1949 mit dem deutsch-amerikanischen Frauenclub, den konfessionellen Frauenverbänden und den Frauengruppen der politischen Parteien zu einer Arbeitsgemeinschaft

unter der Leitung Gertrud Brandts zusammenzuschließen und zur Vorbereitung der ersten Bundestagswahl zwei Veranstaltungen zu organisieren: Einen Vortrag zum Thema „Was müssen wir Frauen über die Wahl zum Bundestag wissen?“ und eine Vorstellungsrunde der Kandidaten des Wahlkreises Ulm-Heidenheim, zu denen der spätere Wirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU) gehörte. Informationsveranstaltungen dieser Art wurden bald zur festen Institution in Ulm: Vor den jeweiligen Gemeinderatswahlen boten sie vor allem den Kandidatinnen der Parteien die Möglichkeit, sich vor den Frauen zu präsentieren. Anders als beispielsweise in Stuttgart, scheint es in Ulm dabei keinen Konkurrenzkampf zwischen den überparteilichen Vereinen und den Parteien gegeben zu haben.

ULMER FRAUEN
Wahlrecht ist Wahlpflicht
 Noch einmal sprechen zu Euch

**PFIZER
 SCHOENECK
 SCHOLL**

Am Samstag, den 20. März 1948
 um 16 Uhr im Schuhhaussaal
 Überparteilicher Frauenarbeitskreis

Es darf Euch nicht gleichgültig sein, wer die
 Geschicke unserer Stadt in den nächsten 6
 Jahren leitet .

verantwortlich :
Else Fried

Wahlplakat zur
 Oberbürgermeisterwahl

Demokratie? Ja, bitte! Wahlveranstaltung für Frauen bei der Oberbürgermeisterwahl 1948

Wohlvollend unterstützt wurden die engagierten Ulmerinnen von der mittlerweile ins Leben gerufenen Frauenabteilung der amerikanischen Militärregierung in Person der temperamentvollen Miss Blewett, die selbst Konferenzen organisierte und die Vernetzung der Frauenvereine im In- und Ausland förderte. So gab es neben Austauschprogrammen mit ausländischen Frauenverbänden vor allem Vortragsreihen zu aktuellen frauenpolitischen Themen, u.a. zum Eherecht. Diese fanden zumeist im Ulmer Amerikahaus statt, das sich bei den Ulmerinnen und Ulmern aufgrund seines Kulturprogramms und seiner umfangreichen, kostenlos zugänglichen Bibliothek großer Beliebtheit erfreute. Des Weiteren gab es praktische Hilfestellungen für Gruppenleiterinnen zu verschiedenen Themen, wie z. B. „Wie organisiere und leite ich eine Diskussionsrunde?“. Auch hier stand der „grassroots“-Bezug im Vordergrund. Es galt, die Frauen in der Kommune, in ihrem unmittelbaren Lebensbereich für eine demokratische Lebensweise zu gewinnen. Als Kulturvermittler traten dabei die deutsch-amerikanischen Frauenclubs auf. Auch Ulm besaß auf Anregung von Mrs. Sewall, der Gattin des US-amerikanischen Gouverneurs von Württemberg-Baden, seit dem 31. Juli 1947 einen American-German-Women's Progressive Club. Der Club diente dem Erfahrungsaustausch in Frauen- und Erziehungsfragen und sollte den Friedensgedanken und die Verständigung zwischen Amerikanerinnen und Deutschen fördern. Innerhalb eines Jahres stieg die Mitgliederzahl von 22 auf 39. Der Club widmete sich zunächst sozialen Projekten, beschäftigte sich aber auch zunehmend mit sozialpolitischen Fragen. U. a. setzte er sich für bessere Einkaufsmöglichkeiten für berufstätige Frauen ein. Im Juli 1949 organisierte der Club im Vorfeld der ersten Bundestagswahl mehrere Vortrags- und Diskussionsabende zur politischen Stellung der Frau und ihrer Verantwortung im öffentlichen Leben, die außerordentlich gut besucht waren. Bereits im Oktober 1948 waren der amerikanische Militärgouverneur Ulms John F. Capell (1912-1976) und Oberbürgermeister Pfizer zu Referaten eingeladen. Während Capell allgemein über den großen Einfluss der amerikanischen Frauenclubs



Nachhilfe zum Thema „Democratic way of life“ bot den Ulmerinnen das Angebot des Ulmer Amerikahauses in den Räumen des Ulmer Museums

auf sozialem und pädagogischem Gebiet sprach, betonte Pfizer, auf wie vielen Gebieten der Stadtverwaltung die Frauen durch Anregungen und konkrete Mitarbeit etwas beitragen könnten und bedauerte, dass bislang nur eine einzige Frau im Gemeinderat vertreten sei.

Bürgerinnenversammlungen

Für den neugewählten Oberbürgermeister Ulms waren diese Aussagen, die Frauen mehr beteiligen zu wollen, kein reines Lippenbekenntnis. Tatsächlich hatte sich Pfizer als einziger der drei Oberbürgermeisterkandidaten schon während seines Wahlkampfes mit eigenen Flugblättern an die Ulmer Wählerinnen gewandt. Zudem lud Pfizer die Ulmerinnen zu einer eigenen Wahlkampfveranstaltung ein, die noch vor dem vom ÜFAK organisierten Nachmittag mit allen drei Kandidaten stattfand, und ebenfalls auf große Resonanz stieß.

Pfizer lag die Demokratisierung der Gesellschaft auch jenseits der Wahlen am Herzen. In ihm fand das politisch-demokratische Engagement der Frauen einen wohlwollenden Förderer. Um die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Stadt zu verbessern, führte Pfizer u. a. die heute noch stattfindenden Bürgerversammlungen in den Stadtteilen ein, die – auf freiwilliger Basis organisiert und nicht von oben verordnet – das Band zwischen Rathaus und Gemeinde stärken sollten. Dabei stellte er fest, dass die Frauen in den Versammlungen zwar präsent waren, sich in den entstehenden Diskussionen aber zurückhielten. Eine Belebung des Interesses der Frauen am öffentlichen Geschehen erwartete er sich daher von einer Versammlung nur für Frauen, in der sie „frei von männlicher Bevormundung“ ihre Ideen und Fragen vorbringen konnten. Bei den Frauenvereinen rannte Pfizer mit dieser Idee offene Türen ein. Schon einen Monat nach der ersten Aktennotiz zu diesem Thema fand im November 1950 die erste Bürgerinnenversammlung im überfüllten Schuhhaussaal statt. Die Themen reichten vom Wohnungs- und Schulbau, dem Ausbau der Kinderbetreuung in Krippen und Horten, Übernachtungsmöglichkeiten von Obdachlosen, Hygiene in Lebensmittelgeschäften und Metzgereien, städtischen Stipendien, Sicherheit bei Nacht, über Verkehrsfragen bis hin zur Kohleversorgung. Oberbürgermeister und Frauen empfanden die Veranstaltung gleichermaßen als Erfolg. Bis 1961 wurden die Bürgerinnenversammlungen fortgesetzt. Sie blieben einzigartig in Deutschland. Die Vorbereitungen fanden stets unter Einbezie-

Ermunterung zur Beteiligung am demokratischen Leben – Oberbürgermeister Theodor Pfizer baute schon während seines Wahlkampfes auf die Frauen als Teil der demokratischen Gesellschaft

Ein klarer Kopf baut auf

Ulmer Frauen!

Auf jedem Haushalt und jeder Familie lastet heute genug. Was bekümmert Euch in dieser Zeit die Wahl eines Oberbürgermeisters?

Sehr viel: Denn hunderterlei Dinge im Alltag hängen heute von der guten oder schlechten Arbeitsweise der Behörden ab.

- Ihr steht täglich stundenlang Schlange um die einfachsten Bedürfnisse des Haushalts. Vielfach vergebens. Liegt es immer nur am Warenmangel, oder auch an der Verteilung? Die rechte Lenkung kann hier vielem abhelfen!
- Viele von Euch stehen im Beruf, ohne die Gewißheit, daß sie morgen noch, nach der Durchführung der Währungsreform, ihr Brot verdienen werden. Der Oberbürgermeister und sein Gemeinderat müssen dann in gemeinsamer Arbeit dafür sorgen, daß Eure Arbeitsplätze erhalten bleiben und zusätzliche geschaffen werden!
- Bei der Enge Eures heutigen Lebenskreises seid Ihr weit mehr als früher darauf angewiesen, daß Eure Kinder in sauberen Kinderhorten während des Tages behütet werden und daß der Schuljugend mit die erste Sorge von seiten der Stadtverwaltung gehört. Die fördernde Hand eines umsichtigen Oberbürgermeisters vermag hier in vielem Wandel zu schaffen.
- Die charitativ Tätigen unter Euch wissen, was die verständnisvolle Unterstützung ihrer Arbeit von seiten der städtischen Behörden bedeutet.
- Mütter und Frauen sind mehr noch als Männer in kranken Tagen auf gut geleitete und ausgestattete Krankenhäuser angewiesen. THEODOR PFIZER hat jahrelang soziale Einrichtungen eines unserer größten Gemeinschaftsbetriebe, der Deutschen Reichsbahn, an entscheidender Stelle mitgeleitet.
- Er hat das Schicksal der Bombengeschädigten selbst erfahren und hat in einer dürftigen Kellerwohnung gelebt und weiß daher, was es heißt, aus dem Nichts wieder ein Heim für die Familie zu schaffen.
- **Deshalb müßt gerade Ihr zur Wahl gehen** und Euch dabei nicht von flüchtigen Gefühlsstimmungen leiten lassen oder hohlen Wahlversprechungen Glauben schenken, sondern nüchtern und Eurer Verantwortung bewußt

Theodor Pfizer

den Mann der Tat wählen!

Ihr entscheidet mit Eurer Wahl über die Zukunft unserer Stadt

Ministerialrat PFIZER spricht am Montag, 15. März, nachmittags 3 Uhr, im Schuhhaussaal zu den Frauen Ulms.

hung aller Frauenorganisationen statt – von den Gewerkschaften über die kirchlichen und karitativen Verbände bis zu Parteigruppen und überparteilichen Gruppierungen. Frühzeitig bemühte man sich auch, die junge Generation ins Boot zu holen, indem man explizit die Schülerinnen der Oberklassen zu den Versammlungen einlud.

Amüsant zu lesen sind aus heutiger Sicht die Zeitungsberichte und Kommentare zu den Bürgerinnenversammlungen. In ihnen schwang so etwas wie widerwilliger Respekt und Erstaunen mit, was ein bezeichnendes Licht auf die Stellung der Frau in den Augen der männlich geprägten Öffentlichkeit der damaligen Zeit wirft: „Die einzige öffentliche Veranstaltung, die auf die Minute pünktlich anfängt“, heißt es da beispielsweise. Oder: „Kein Rasonieren und Streiten, kein Gekeife und Geschnatter, wie es sonst üblich ist, kein Verlieren in weltanschaulichen Gedankenflügen. Die Frauen blieben bei der Sache. Sie hielten es mit der Praxis.“⁸

118

Vorbesprechung zur Bürgerinnenversammlung
am 28. Nov. 1953.

Anwesenheitsliste

Organisation	Name
Frauenbildung-Fraudienst	Frau Wechsler <i>Emma Wechsler</i>
Überparteil. Frauenarb. Kreis Ulm	Frau Brandt <i>i. W. Prof. Brandt</i>
DVP-Frauengruppe Ulm	Frl. Pfähler
SPD-Frauengruppe Ulm	Frau Schneider <i>Schneider</i>
Flüchtlingsfrauengruppe Ulm	Frau Gündisch <i>Gündisch</i>
Ortsfrauenausschuss des DGB	Frau Eisele
Kath. Frauenbund Ulm	Frau Hody <i>E. Hody</i>
Kath. Frauenbund Söflingen	Frau Hagenmeyer <i>Maria Hagenmeyer</i>
Kath. Werkvolk, Frauenbund	Frau Fischer <i>Elisabeth Fischer</i>
Kath. Hausfrauenverein	Frau Wacker <i>Th. Wacker</i>
Evang. Frauenarbeit Ulm	Frl. Schall <i>U. Schall</i>
Mütherschule Ulm	Frl. Kick <i>Magdalena Kick</i>
Deutsch-amerik. Frauenclub Ulm	Frl. Essig <i>G. v. Marianna Essig</i>
	Frau Stadträtin Wittmann <i>H. Wittmann</i>
Gruppe d. weibl. Angest. DAG.	Frau Kratochwille <i>Gerhard Kratochwille</i>

An den Vorbereitungen zu den Bürgerinnenversammlungen beteiligten sich fast alle Frauenvereine der Stadt

Interessant ist eine Aktennotiz im Vorfeld der ersten Bürgerinnenversammlung. Zu den Punkten, zu denen die Frauen eine Stellungnahme des Oberbürgermeisters wünschten, gehörte auch die stärkere Berücksichtigung des Rats der Frauen. Daneben findet sich, mit einem Fragezeichen versehen, das Stichwort „Einführung eines Frauenrats“. Weder im Versammlungsprotokoll der ersten Bürgerinnenversammlung noch in den Presseberichten finden sich jedoch Belege dafür, dass dieses Thema tatsächlich diskutiert wurde. Trotzdem wurde der Oberbürgermeister auch in den folgenden Jahren nicht müde, die Frauen dazu aufzurufen, sich aktiv in die Stadtgesellschaft einzubringen, sich an den Wahlen zu beteiligen und vor allem dafür zu sorgen, dass mehr Frauen in den Stadtrat gewählt würden. Die Bürgerinnenversammlungen wurden daher auch als Forum für die Gemeinderatskandidatinnen genutzt, die sich dort vor den Wahlen präsentieren konnten.

Allerdings ließen sich die Gemeinderätinnen in den fünfziger Jahren nach wie vor an den Fingern einer Hand abzählen. Die Zahlen waren im Laufe der Jahre sogar wieder rückläufig, da sich viele altgediente Stadträtinnen nicht mehr aufstellen ließen und Nachwuchs nicht in Sicht war.

Helga Wiegandt, die langjährige zweite Vorsitzende des Überparteilichen Frauenarbeitskreises, schob dies u. a. auf die allgemeine Sättigung im Zuge des Wirtschaftswunders. Es war leichter, die Frauen für unpolitische Aktionen wie den Ulmer Theaterneubau zu gewinnen. Dies entsprach dem Trend der Zeit, die Frauen gesellschaftlich wieder zu entpolitisieren, sie aus dem Arbeitsmarkt zu drängen und sie auf Konsum und Wiederaufbau der häuslichen Privatsphäre zu verweisen.

Kurz zusammengefasst lässt sich feststellen:

Die Ulmer Frauen konnten sich zwar in der Nachkriegszeit mit den neu entstandenen Parteien nur langsam anfreunden und überließen die Arbeit in den demokratischen Institutionen lieber den Männern, sie waren aber beileibe nicht gleichgültig gegenüber der Demokratie und den politischen Geschehnissen in ihrem eigenen Umfeld. Es waren vor allem die überparteilichen und überkonfessionellen Frauenvereine, die in besonderem Maße das staatsbürgerliche Bewusstsein ihrer Ulmer Geschlechtsgenossinnen förderten und ihnen zeigten, welche Möglichkeiten demokratischer Teilhabe und welche Erfolgsaussichten das neue System zu bieten hatte. Hand in Hand mit einer den Frauen gegenüber aufgeschlossenen Militärregierung, einem Oberbürgermeister, der die Beteiligung der Frauen unterstützte und Institutionen wie der vh und dem Amerikahaus, die immer wieder für neue Impulse und Anregungen sorgten, konnte eine demokratische Stadtkultur entstehen, die wir heute manchmal allzu leichtfertig als für alle Zeiten gegeben hinnehmen. Wie schnell eine Demokratie scheitern und zu einer Diktatur werden kann, haben Frauen wie Herta Wittmann, Gertrud Brandt, Helga Wiegandt, Cecilie von Beöczy und ihre Mitstreiterinnen am eigenen Leib erfahren. An ihren Beitrag, aus den Trümmern eine neue, funktionierende demokratische Gesellschaft aufzubauen, sollte an dieser Stelle noch einmal erinnert werden.

Literaturhinweise

Besatzungszeit 1945-1949. Erinnerungen und Nachforschungen aus dem Ulmer Raum und anderen Teilen Deutschlands, hrsg. v. ZAWIW Ulm, Ulm 2002.

Gerlach, Bettina: Demokratischer Neubeginn nach 1945, in: Die Ulmer Bürgerschaft auf dem Weg zur Demokratie. 600 Jahre Großer Schwörbrief (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm, Reihe Dokumentation, Bd. 10), hrsg. v. Hans-Eugen Specker, Ulm 1997, S. 424-481.

Hauke, Marie-Kristin / Vogel, Thomas: Erinnern in Ulm. Demokratischer Neubeginn nach 1945. Auseinandersetzung um den Nationalsozialismus. Ulm 2014.

Initiative und Beharrlichkeit: 25 Jahre Überparteilicher Frauenarbeitskreis. Eine Dokumentation verfasst von Helga Wiegandt, Ulm 1973.

Nachkriegszeit in Ulm 1945-1949. Einfluss der US-Besatzungsmacht auf das Leben in Ulm und Neu-Ulm, hrsg. v. ZAWIW Ulm, Ulm 2005.

Raberg, Frank: Biografisches Lexikon für Ulm und Neu-Ulm 1802-2009, Ulm 2010.

Schmid, Erika: Ein Frauenverein wird 80 (1904-1984), Ulm 1984.

Schüler, Barbara: Von der Weißen Rose zur Eule der Weisheit. Die Anfänge der Ulmer Volkshochschule, Ulm 1996.

Schüller, Elke: „Frau sein heißt politisch sein“. Wege der Politik von Frauen in der Nachkriegszeit am Beispiel Frankfurt am Main (1945-1956), Königstein/Taunus 2005.

Ulmer Frauenbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Frauenbüro der Stadt Ulm, Ulmer Frauenforum, Ulm 2006.

Ulmer FrauenWege im 20. Jahrhundert. 12 Lebensbilder, hrsg. v. Ökumenischer Arbeitskreis Frauen, Ulm 2004.

Zepp, Marianne: Redefining Germany. Reeducation, Staatsbürgerschaft und Frauenpolitik im US-amerikanisch besetzten Nachkriegsdeutschland, Göttingen 2007.

Fußnoten

- 1 Der zweite Teil der Ausstellung „Erinnern in Ulm“, der sich den „Auseinandersetzungen um den Nationalsozialismus“ in Ulm widmete, war von November 2014 bis Oktober 2015 im Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg zu sehen.
- 2 HStA Stuttgart, OMGUS, RG 260, 12/8-2/9, Weekly Intelligence Report 31.5.1946, S. 2.
- 3 Zit. nach Schüller, Frau sein, S. 12.
- 4 Zit. nach Schüler, Von der Weißen Rose zur Eule der Weisheit, S. 55.
- 5 Initiative und Beharrlichkeit, S. 5.
- 6 Initiative und Beharrlichkeit, S. 3f.
- 7 Initiative und Beharrlichkeit, S. 45.
- 8 StadtA Ulm B 007/27 Nr. 3.

Alle weiteren Zitate aus Hauke/Vogel, Erinnern in Ulm.

Bildnachweis

Stadtarchiv Ulm: Titelbild, S. 4, 6-10, 14, 17 oben, 18 oben, 19-21, 23-24

Margarete Wittmann-Müller: S. 13

HfG-Archiv: S. 15 (Sigrid von Schweinitz-Maldonado)

Stefan Wiegandt: S. 17 unten

Ines Metcalfe: S. 18 unten

